

## Ruf nach Obergrenzen für Vermögen

So resümiert DER STANDARD das jüngst erschienene Buch *Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht* von **Marterbauer**, Chefökonom der Arbeiterkammer, und **Schürz**, Volkswirt bei der Nationalbank und Psychotherapeut. Beide Autoren nehmen den Neoliberalismus, der zur Vereinzelung führt, aufs Korn. <https://www.derstandard.at/story/2000139399230/ruf-nach-obergrenze-fuer-vermoegen-zur-rettung-der-demokratie>

Das erste Kapitel *Angst und Wirtschaftspolitik* behandelt verschiedene allgemeine Formen der Angst wie die allgegenwärtigen Statusängste oder die Versagensangst durch den Leistungsfetischismus. Dazu kommt aber eine Macht, die gezielt noch mehr Furcht verbreitet. Es ist die neoliberale Wirtschaftspolitik. Diese setzt auf Angstmacherei – um Arme und Arbeitende klein zuhalten und zu einem genehmen Verhalten zu nötigen.

Als Beispiel führen die Autoren einen Vorschlag an, den die ÖVP in der Regierung gegen die Grünen durchzusetzen versucht. Welcher Gedanke könnte sonst hinter einem degressiven, also mit der Bezugsdauer sinkenden Arbeitslosengelds stecken, als Angst vor dem Abstieg zu schüren? Nicht nur Arbeitslose sollten so in miese Jobs getrieben werden, auch an prekär Beschäftigte richte sich die Botschaft: Kuscht lieber und steht nicht für eure Rechte ein!

Dem steht der *Sozialstaat* entgegen, der *Ängste mindert*. Die folgenden Kapitel fächern die Bereiche des sozialen Lebens auf: *Gesundheit; Pflege; Pensionen; sinnerfüllte Erwerbsarbeit; Löhne, von denen man leben kann; Angst vor dem Unbehausten; eine Politik für null Armut*.

Worin besteht eine solche Politik? Was ist die Ausgangslage, was geschieht derzeit und was fehlt? Kinder sind von Armut am stärksten betroffen. Gegenwärtig sind 94 000 Kinder materiell und sozialen depriviert. 80 000 Kinder leben hingegen in Millionärshaushalten.

(Armutgefährdungsschwelle = Armutsgrenze 2021 für einen Erwachsenen ohne Kind 1370 Euro, mit Kind 1780 zwölfmal im Jahr)

### Unter- und Obergrenze

Einerseits sind die großen Leistungen des Sozialstaates anzuerkennen. Andererseits hat die Krise gezeigt, der jetzige Sozialstaat ist nicht armutsfest. Die Untergrenzen der Sozialleistungen sind daher anzuheben, folgende Geldleistungen aufzustocken:

- Arbeitslosengeld: 55 Prozent des letzten monatlichen Nettoarbeitseinkommens, Dauer 20 Wochen.
- Notstandshilfe danach, 51 Prozent, Dauer unbegrenzt.
- Sozialhilfe neu für Singles, 978 Euro, zwölfmal im Jahr. Sie löste die Mindestsicherung ab, freilich mit einem gewaltigen Unterschied: Während die Mindestsicherung eine Untergrenze für die Geldleistungen formuliert hatte, schreibt die Sozialhilfe neu, ein Produkt von Türkis-Blau, diese als Obergrenzen vor. Glücklicherweise hat das Land Wien bisher deren Durchführung blockiert und ist bei der wesentlich besseren alten Regelung geblieben.

- Familienzuschuss und Familienbeihilfe fehlen in der Auflistung. Als ich mit Marterbauer darüber auf der Reichtumskonferenz sprach, meinte er, er und sein Kollege wollten sich auf die Sozialhilfe konzentrieren. Deshalb führe ich die Familienleistungen nun aus. Koautor Schürz nannte im Interview mit dem *Augustin* freilich einen anderen Grund. Er sagte: *Die Familie ist eigentlich ein Hindernis für die Verfolgung sozialer Gerechtigkeitsziele.* Konsequenterweitergedacht heißt das m. E. Schaffen wir also um der Gerechtigkeit willen die Familie ab! Den Eigenwert der Familie zu missachten verletzt das Subsidiaritätsprinzip: Es bestimmt, dass eine Aufgabe von der kleinsten zuständigen Einheit ausgeführt werden soll. Nur wenn diese Einheit die Aufgabe nicht erfüllen kann, dann sollen übergeordnete Einheiten tätig werden. Das Prinzip ermöglicht eine größtmögliche Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des Individuums, der Familie oder der Gemeinde. - Der Wiener Familienzuschuss ist eine Unterstützungsleistung des Landes für Familien mit Kleinkindern und geringem Einkommen. Wie hoch er ausfällt, hängt vom Haushaltseinkommen sowie der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen ab. - Die allen Familien zustehende Familienbeihilfe beträgt nach dem Alter der Kinder gestaffelt
  - ab Geburt: € € 114,00
  - ab 3 Jahren: € 121,90
  - ab 10 Jahren: € € 141,50
  - ab 19 Jahren: € 165,10

Was kostet es, die Armut in Österreich insgesamt zum Verschwinden zu bringen? Zwei Milliarden. Im Budget für 2023 sind zusätzlich aber nur 110 Millionen der Armutsbekämpfung gewidmet. Diese umfassen Maßnahmen wie Delogierungsprävention, Teuerungsausgleich, Bekämpfung der Energiearmut sowie der Ausgleichszulagenerhöhung für Mindestpensionistinnen und -pensionisten.

Wie also finanzieren? Geld ist genug vorhanden. Das Vermögen der 100 reichsten Österreicher ist während der letzten beiden Krisenjahre von 155 auf 203 Milliarden Euro gestiegen, so jüngst der Sozialminister. Im Buch werden folgende Finanzierungsquellen genannt:

### **Progressive Erbschaftssteuer**

Die Erbschaftssteuer steht für Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit. Sie ist aber unpopulär, betrifft sie doch unmittelbar die Familie. Opa ist gestorben, jetzt sollen wir dafür auch noch zahlen. Eine Zweckwidmung etwa für den Ausbau der Pflegedienste ist unbedingt erforderlich. Dann kann sie besser verstanden werden.

Es geht um eine Erbschaftssteuer, die

1. progressiv ausgestaltet ist: mit sehr niedrigen Sätzen bei kleinen Erbschaften beginnt und mit hohen Steuersätzen bei großen Erbschaften endet.
2. alle Vermögensbestandteile gleichermaßen umfasst.
3. zumindest Steuersätze vorsieht, die effektiv den durchschnittlichen Satz der Einkommenssteuer von 15 Prozent übersteigen.

4. damit ein Aufkommen von zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr erbringt
5. und deren Aufkommen zweckgebunden für den Ausbau der Elementarpädagogik und der sozialen Pflege verwendet wird.

## Progressive Vermögenssteuer

Vor allem für die ganz oben, die Allerreichsten, deshalb

1. Hoher Freibetrag: Bei einem Freibetrag von einer Million Euro pro Haushalt wären nur vier Prozent, das sind etwa 155 000 Haushalte, betroffen. Bei einem Freibetrag von zwei Millionen Euro trifft die Steuer 40 000 Haushalte.
2. Progressiver Verlauf der Steuersätze. Ein Prozentpunkt Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von einer Million Euro generiert rein rechnerisch ein Steueraufkommen von mehr als fünf Milliarden Euro. Bei einem Freibetrag von zwei Millionen Euro verringert sich das Aufkommen auf mehr als vier Milliarden Euro je Prozentpunkt Steuersatz.
3. Steuervermeidung durch eine effektive Wegzugsbesteuerung verhindern. Die von Senator Bernie Sanders vorgeschlagene „Exit Tax“ in den USA in der Höhe von 40 Prozent wäre eine beachtliche Sanktion.
4. Ein wesentlicher Teil des Steueraufkommens wird zweckgebunden für die Beseitigung der Armut, ein zweiter für die notwendige Verbesserung der Leistungen des Sozialstaats, ein dritter Teil soll für die Verringerung der Abgaben auf Leistungseinkommen aus Arbeit verwendet werden.

Beschränkung der Eigentumsrechte: Das Waldgesetz 1975 hat den Erholungsbedürftigen endlich das Recht auf ein Betreten des privaten Waldes gewährt. Es hat die Freiheit der wenigen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer eingeschränkt und die Freiheit der vielen Erholungsbedürftigen ausgeweitet. Die Freiheit des Eigentums ist nicht grenzenlos. Eigentum ist auch sozialpflichtig, es hat eine Verpflichtung der Allgemeinheit gegenüber. Im Deutschen Grundgesetz heißt es: Eigentum verpflichtet. Auf diesem Weg muss man weitergehen.

Der Vorschlag der Autoren ist radikaler, nämlich **Obergrenzen für den Vermögensbesitz** einzuführen, um den Überreichtum erst gar nicht entstehen zu lassen. Die Gesellschaft braucht keine Milliardäre.

Multimilliardäre sind eine Gefahr für die Demokratie. Beispielsweise kostet ein Senatsitz in den USA eine Milliarde Dollar! Dadurch entsteht eine, wie die Autoren es nennen, *Fassadendemokratie*. In Wahrheit ist es eine Plutokratie, eine Herrschaft des Geldes. (Das griechische Wort plutos bedeutet Reichtum, kratein herrschen.)

Milliardärinnen und Milliardäre sind gefährlich. Sie gefährden nicht nur den sozialen Zusammenhalt und die Freiheit der vielen, sondern auch die Demokratie. Wenn Reiche politische Parteien und deren Wahlkämpfe finanzieren, den Politikerinnen und Politikern für später lukrative Jobs versprechen, die Medien besitzen, die uns über Politik informieren, dann untergräbt das alles die Fundamente der Demokratie. Deshalb ist eine gesellschaftliche Debatte zu Vermögensobergrenzen unverzichtbar. Wie hoch dieses Maximalvermögen sein soll, ob es bei 500 Millionen, zwei oder zehn Milliarden liegt, muss in einem herrschaftsfreien Diskurs

besprochen werden.

Zwischen den Unter- und den Obergrenzen des Geldbesitzes besteht ein notwendiger Zusammenhang, eine Korrelation. Was die einen zu wenig haben, besitzen die anderen zu viel.

Fassen wir die Kosten der geforderten Maßnahmen zusammen:

- etwa zwei Milliarden für eine Null-Armut-Strategie,
- weitere zwei Milliarden, um Kindergärten und Schulen zu verbessern. Die Kosten dafür ließen sich durch eine Vermögenssteuer von einem (!) Prozent auf das Vermögen der Millionärshaushalte aufbringen.
- Für die dringenden Verbesserungen bei Pflegeleistungen und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte sind etwa zwei Milliarden erforderlich, die durch eine Erbschaftssteuer und die bestehende Tabaksteuer finanziert werden.
- Das durch die Einführung eines Maximalvermögens von einer Milliarde frei werdende Geld sollte zur Stärkung der Demokratie gegenüber dem Überreichtum verwendet werden.

Wie stehen die Realisierungschancen des Entwurfs? Marterbauer und Schürz treten für eine *Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht*, ein, wie es im Untertitel des Buches heißt. Welche Hoffnung trägt die Autoren?

*Hoffnung gegen die Angst will den Rahmen des Denk- und Lebkbaren erweitern. Die sozialen Verhältnisse erscheinen allzu vielen als natürlich. Was als natürlich gilt, wird aber als unvermeidlich empfunden. „Reiche gab es schon immer;“ heißt es dann. Der Aufruf, dagegen aufzubegehren, erscheint vielen als hoffnungslos. Doch wir glauben, dass Hoffnung auf ein solidarischeres und besseres Leben eine Debatte entfachen kann, die zu politischen Maßnahmen gegen die exzessive Ungleichheit führt. (372)*

Diese Hoffnung bedarf einer Fundierung. Tragen kann nicht eine oberflächlich billige Erwartung im Sinn von: Es wird schon gut werden. Gefordert ist eine realistische Hoffnung, die um die Widerstände weiß. Es kann uns eine Hoffnung wider alle Hoffnung abverlangt sein.

In unserer dunklen Zeit werde ich umso dankbarer, Christ zu sein. Denn dadurch habe ich eine doppelte Gewissheit. Das Ungerechte und Böse triumphieren letztlich nicht. Kein Unrechtsregime hat sich auf Dauer gehalten, weder die Nazidiktatur noch die stalinistische. Das gilt auch für den exzessiven Kapitalismus und den Neoliberalismus.

Zweitens gilt uns bei Attac die biblische Seligpreisung der Bergpredigt: *Selig, die hungern und dürsten nach der Gerechtigkeit: denn sie werden gesättigt werden.* (Evangelium nach Matthäus, Kapitel 5, Vers 6) So bin ich überzeugt, dass uns ein endgültiges Reich vollkommener Gerechtigkeit erwartet. Es war und ist schon in der Geschichte fragmentarisch als Stückwerk möglich. Ein solches war und ist der Sozialstaat.

*Alfred Racek*